

André Habisch

## Der kirchliche Konsultationsprozeß und das Ende des kalten Krieges

Ende November 1994 hat eine ökumenische Vorbereitungsgruppe ein Papier zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland vorgestellt<sup>1</sup>. Der Text dient als Diskussionsgrundlage für den nunmehr in vielen Landeskirchen und Diözesen anlaufenden Konsultationsprozeß über ein gemeinsames Wort zu wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen. Er hat schon vor seinem offiziellen Erscheinen für Aufsehen gesorgt, als vermeintliche Passagen daraus vor den Bundestagswahlen bekannt wurden. Die Reaktionen spiegelten die widersprüchlichen Erwartungen der politischen Lager an kirchliche Verlautbarungen wider. Bei Erscheinen fand das Papier dann sogar Eingang in die Leitartikel und Kommentare der großen deutschen Tageszeitungen, wobei – wie häufig bei solcherlei journalistischer Aufarbeitung – gern einzelne Aussagen herausgegriffen und im Sinn der eigenen gesellschaftlichen Perspektive des Kommentators gedeutet oder kritisiert wurden. Bei dieser Art von Medienroutine geriet leicht aus dem Blickfeld, daß der Text gar nicht in erster Linie selbst schon an die Öffentlichkeit gerichtet und somit zur geflissentlichen ideologischen Ausschlachtung bereitgestellt ist. Er sollte vielmehr eine *innerkirchliche* Dienstfunktion haben, sollte Diskussionen anstoßen statt sie schon zu beenden.

Die folgenden Überlegungen wollen sich daher nicht in die zum Teil schon stattfindenden Gespräche über einzelne Aussagen, über diese oder jene Analyse oder Forderung einschalten. Es sollen vielmehr – flankierend zum Arbeitspapier – eigene sehr grundsätzliche Gedanken zum Konsultationsprozeß, seinem Horizont und Anliegen formuliert und in die Gespräche hineingegeben werden.

### Der „Kairos“ des Konsultationsprozesses: das Ende des kalten Krieges

Die Konsultationen um ein gemeinsames Wort zu sozialen und wirtschaftlichen Fragen finden in Deutschland fünf Jahre nach dem Zusammenbruch der Staaten des real existierenden Sozialismus und ihrer historisch unverwechselbaren Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung statt. Dennoch bezeichnen nicht der Sieg des einen und der Untergang des anderen Systems ihren zeitgeschichtlichen Ort. Im Drama führt der Triumph einer Partei (meist: der „Guten“) eine Entscheidung herbei, mit der im Grunde nichts mehr anzufangen ist: Das Stück ist zu Ende und

die Leute gehen nach Hause. Die gesellschaftliche, wirtschaftliche, politische und militärische Situation in Deutschland, Europa und der Welt fünf Jahre nach 1989/90 ist aber wie kaum etwas durch das Wissen gekennzeichnet, daß ein solches „Ende der Geschichte“<sup>2</sup> nicht stattgefunden hat – auch und obwohl das scheinbar unverrückbare Koordinatensystem, mit dem ganze Generationen aufgewachsen sind, unwiderruflich der Vergangenheit angehört. Nicht Sieg des einen und Niederlage des anderen kennzeichnen den Möglichkeitsraum unserer Situation – schon weil diese Kategorien schnell veralten und kaum Zukunft eröffnen.

Unser „Kairos“ ist das Ende des kalten Krieges, einer weltanschaulichen Auseinandersetzung, die – in beispielloser Härte, Dauer und Konsequenz geführt – unzählige materielle, aber auch geistige Potentiale und Ressourcen an sich gebunden hat. Das gilt auf subtile Weise auch für die Diskussion im Westen: Denn wo die „Fronten der Freiheit“ zu verteidigen sind, da müssen Diskussionen über mögliche Regelungsdefizite und Strukturprobleme im eigenen Lager verstummen, da bleibt für eine Diskussion der eigenen Zukunft kein Raum und keine Imaginationskraft mehr übrig. Die Frage, in welche Richtung wir denn unsere Gesellschaft entwickeln, in welcher Zukunft wir selbst leben wollen, blieb und bleibt allzu lange ungestellt. Die gedanklichen Muster für Zukunft aber sind nicht einfach ad hoc abrufbar, sondern brauchen Jahrzehnte, um zu reifen und zu institutionellen Umgestaltungen im Leben einer Gesellschaft zu führen.

Aus dieser Perspektive kann es nicht überraschen, daß auch fünf Jahre nach dem Ende jenes weltgeschichtlich einmaligen intellektuellen und politischen Ringens, das der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts seinen Stempel aufgedrückt hat, die Lagerräume für Zukunftsvisionen und gesellschaftliche Orientierungen nicht nur bei Parteien und Tarifpartnern, sondern auch bei Weltanschauungsgruppen und Kirchen noch immer wie leergefegt sind. Noch heute ist die Zahl derer, die auf dem neuen Niveau historischer Erfahrungen ernsthaft über Zukunft und ihre Chancen nachdenken, erstaunlich gering. Entsprechend unterentwickelt bleibt die Gesprächskultur – in Medien, Verbänden und privaten Zirkeln. Ist es ehrlich, die Schuld an diesem Zustand unter den Stichworten „Privatisierung“ und „Individualisierung“ der persönlichen Moral des einzelnen Zeitgenossen zuzurechnen? Er ist doch wohl eher dem Umstand geschuldet, daß neue und alte Ideen über Jahrzehnte hinweg von der scheinbaren Unverrückbarkeit der bestehenden Verhältnisse erdrückt wurden. Statt gelungener politischer Innovation Pragmatismus, Denkblockaden und das Verhandlungsgleichgewicht der saturierten Interessen: Diese Erfahrung prägt das Politikbild einer ganzen Generation und läßt eigenes Engagement als wenig vielversprechend erscheinen.

Diese fundamentale „Geistlosigkeit“ als intellektuelle Hypothek des kalten Krieges abzutragen, wird länger dauern, als Atomwaffen zu verschrotten und Wirtschaftsprozesse umzustrukturieren. Sie bedroht mit ihren Früchten Zynismus und „Verdrossenheit“ die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft stärker als

Umweltschäden oder Staatsverschuldung. Denn sie beeinträchtigt nicht die äußeren Handlungsbedingungen: Sie sitzt in den Köpfen und führt dazu, daß die Chancen der neuen Situation nicht realisiert, weil gar nicht erst erkannt werden. Dann aber gilt: „Ohne Zukunft und Zukunftsvisionen der einen Welt bleiben wir Gefangene einer Ordnung, die auf Verhältnisse paßte, die immer mehr zur Vergangenheit werden.“<sup>3</sup>

### Die Kirche als Anwalt der Zukunftsfähigkeit moderner Gesellschaft

Was hat diese Situation mit der Kirche und ihrem Konsultationsprozeß zu tun? Mit ihrer Botschaft von Jesus Christus und seinem Evangelium ist die Kirche von ihrem Ursprung her Anwalt der Zukunft und Zukunftsfähigkeit menschlicher Gesellschaft<sup>4</sup>. Denn in der Orientierung an der eschatologischen Ethik Jesu vermag sie sich mit keiner bestimmten historisch verwirklichten Gesellschaftsordnung total zu identifizieren. Das „Ende der Geschichte“ ist nicht von dieser Welt, aber es entfaltet seine Entwicklungsdynamik doch in dieser Welt, in Zeit und Geschichte: als Drängen auf die Verbesserung der Lebensbedingungen Benachteiligter, als Einklagen langfristiger Orientierungen; aber auch als konkrete Suche nach der Lösung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme.

Die Kirche verweigert damit jeder konkreten politischen und wirtschaftlichen Ordnung die Weihe der unmittelbaren Gottgewolltheit. Die „nova lex“ des Evangeliums ist nicht als solche schon unmittelbar „gesellschaftsordnungsfähig“, mit ihr allein ist nicht schon „Staat zu machen“. Sie ist kein „christliches Gesetzbuch“, das inmitten der bedrohlichen Veränderlichkeit moderner Lebenswelten Unwandelbarkeit und sichere Orientierung verheißt und das seine Anhänger daher der Mühen enthebt, sich mit den Herausforderungen ihrer Zeit auseinanderzusetzen. Christliche Soziallehre ist damit nicht etwas, das weiteres Nachdenken unnötig machte, wenn sie nur von einem starken Mann mit definitiver Entscheidungsmacht in Kraft gesetzt würde. Sie stößt vielmehr Diskussionen und Nachdenken an, bringt die Unzufriedenheit mit dem Bestehenden zur Sprache und setzt dem Hang zum Pragmatismus Impulse „unternehmerischer“ sozialer Phantasie entgegen. Insofern ist dem Christentum die moderne Erfahrung der säkularen Verbesserungsfähigkeit der Lebensbedingungen nicht fremd. Sie sperrt sich dagegen, die Verhältnisse als unabänderlich und „gottgegeben“<sup>5</sup> hinzunehmen.

In der heutigen Situation kann es daher die Aufgabe der Kirchen nur sein, sich selbst und anderen immer wieder die Frage zu stellen: „In welcher Gesellschaft – national, europaweit, global – wollen wir im Jahr 2030 leben? Und wie können wir heute die Weichen dorthin stellen?“ Diese Frage sollte als Leitfaden im Hintergrund der Konsultationsgespräche stehen. Denn diese bieten die Chance, im Raum der Kirche und darüber hinaus eine Gesprächskultur für anstehende Zu-

kunftsprobleme und mögliche Lösungswege auszubilden. Es geht nicht darum, die Kämpfe von gestern noch einmal auszutragen; es geht nicht darum, den Sozialismus noch einmal zu besiegen oder ihn vielleicht doch noch ein Stückchen mit herüberzuretten. Die Schlachten von gestern noch einmal zu schlagen heißt vielmehr, die Chance der Konsultationen zu verspielen.

Es geht nicht um Ideologie, sondern um Innovation, um unpräzise, aber deshalb nicht weniger notwendige Suche nach besseren Modellen sozialen Lebens und – vielleicht – Überlebens. Es geht um etwas, das angesichts einer immer schnelleren Spezialisierung zur knappen Ressource zu werden droht: eine allgemeine breite Kompetenz für Zukunft. Wachsende Nord-Süd-Kluft, ökologische Gefahren, Vergreisung unserer Gesellschaft, Arbeitslosigkeit, das sind nur einige Stichworte. Werden wir es lernen, uns den Herausforderungen von morgen offen zu stellen oder funzeln wir unentschlossen und mit den Leuchtern von gestern in die Schatten hinein, die diese schon heute auf unsere Situation werfen? Nutzlose Defensivstrategien und das halbherzige Herumdoktern an Symptomen einerseits bzw. ängstliches Festhalten an lieb gewonnenen politischen und wirtschaftlichen Kartellpositionen andererseits sind an der Tagesordnung und stellen eine fundamentale Verweigerung gegenüber den anstehenden Herausforderungen dar. Sie sind Ausdruck jener „Geistlosigkeit“, die wir als Erbe des kalten Krieges zu kennzeichnen versucht haben. Nicht die säkulare Veränderlichkeit aller Dinge selbst, sondern die Weigerung, Zukunftsfragen anzunehmen und die nötigen Schritte dazu schon heute zu tun, ist die eigentliche Bedrohung, die wir im Konsultationsprozeß anprangern sollten.

### Kompetenz für Zukunft als voraussetzungsreiches Unternehmen

Die meisten Probleme der Zukunft sind soziale Probleme. Sie betreffen vor allem die Koordination gesellschaftlichen Miteinanders in wirtschaftlicher wie politischer Hinsicht. Wenn sich hier bestimmte Situationen nicht als Ergebnis des zielgerichteten Handelns von einzelnen, sondern als ungeplantes Resultat einer Vielzahl voneinander unabhängiger Markthandlungen einstellen, dann kommt der Gestaltung rechtlicher Institutionen für die Realisierung moralischer Anliegen eine zentrale Bedeutung zu<sup>6</sup>. Hier ist das ursprüngliche Feld (christlicher) Sozialethik, die sich nicht mit der Moral des einzelnen, sondern mit gesellschaftlichen Institutionen und ihren Rückwirkungen befaßt. Die Regelung komplexer gesellschaftlicher Fragen aber läßt sich heute nicht mehr mit dem gesunden Menschenverstand allein beurteilen. Eine Vielzahl von Aspekten muß dabei berücksichtigt werden. Oft werden etwa in Diskussionen, die auf beiden Seiten mit großer moralischer Attitüde geführt werden, die Interessen schlecht repräsentierter Gruppen – der Arbeitslosen, kommender Generationen, der Produzenten in den Län-

dern des Südens, der Wohnungslosen etc. – schlicht vergessen, obwohl diese von einer erwogenen Maßnahme direkt betroffen sind. Hier drohen dann – auch unter moralisch sensiblen Beteiligten – „Verträge zu Lasten Dritter“. Die „Härte“ anonymer Regeln kann in solchen Fällen langfristig zu solidarischeren Wirkungen führen als ein kurzfristiger Aktivismus, der – nach Verhaltensanpassungen der betroffenen Gruppen – die Situation der Schlechtestgestellten sogar noch verschärft. Ethische Zielvorstellungen und die Analyse sozialer und ökonomischer Wirkungszusammenhänge sind dann aber nicht mehr sauber zu trennen. Wo die Umsetzung die ursprüngliche Absicht sogar ins Gegenteil verkehren kann, da muß auch darüber nachgedacht werden, ob denn die Ziele korrekt formuliert sind. Kompetenz für Zukunft wird sich in den Gesprächen als ein voraussetzungsreiches Geschäft erweisen, wenn Vorschläge nicht als „naiv“ und „undurchdacht“ erscheinen sollen.

Hinzu tritt die wechselseitige Abhängigkeit vieler Regelungen in komplexen Marktgesellschaften. Fortschritte in einem Bereich können Probleme in anderen verstärken. So hat die Einführung der Pflegeversicherung – vom zuständigen Ministerium nicht unberechtigt als Fortschritt zugunsten pflegebedürftiger Menschen gefeiert – beitragsseitig zugleich zur Verschärfung von Problemen wie der Ungerechtigkeit unseres Sozialsystems gegenüber kinderreichen Familien geführt<sup>7</sup>. Eine kirchliche Diskussion, die zukunftsweisend orientieren will und vielleicht sogar eine geistige Meinungsführerschaft in Zukunftsfragen anzielt, muß sich also zugleich in kompetenter Analyse der Gegenwart üben.

Das Pfund, mit dem die Kirche als Gesprächsraum dabei wuchern kann, ist, daß sie selbst keine Gruppeninteressen vertreten muß, um ihre Existenzberechtigung zu beweisen. Zwar steht sie nicht außerhalb der wichtigen gesellschaftlichen Grundkonflikte. Die Menschen, die sich auf allen Ebenen zu den Konsultationsgesprächen versammeln, wollen und dürfen ihre politischen und lebensweltlichen Überzeugungen nicht einfach an der Eingangstür abgeben. Aber sie werden hier nicht – wie oft im Rampenlicht der Öffentlichkeit – danach gewogen, daß sie besonders hartnäckig die Interessen ihrer Auftraggeber gewahrt, besonders nachdrücklich ihren „Stallgeruch“ verströmt haben. Kirchliche Konsultationen bieten die Chance, einmal auf einer Metaebene über notwendige Konfliktlinien hinaus „vernünftig“ miteinander zu reden und sich über die Notwendigkeiten der Zukunft zu verständigen. Wir haben das in der ersten (noch rein katholischen) Phase der Konsultationen bei den Bonner Gesprächen mit Verbandsvertretern erlebt, als sich zum Beispiel auch arbeitgebernahe Gesprächsteilnehmer angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeit offen für sekundäre Arbeitsmärkte aussprachen, während umgekehrt auch der Gewerkschaftsvertreter eine Flexibilisierung der Haltung seiner Institution zu vielen Zukunftsfragen anmahnte. Verständigung über die wechselseitige Störung der Gesprächsatmosphäre durch „Kampfvokabeln“ wurde möglich.

In gelungenen Konsultationsveranstaltungen werden somit zumindest zeitweise solche gemeinsamen Interessen und Spielregeln thematisiert werden, wie sie J. Rawls und J. Buchanan als „constitutional interests“, als langfristige gemeinsame Verfassungsinteressen, zu modellieren versucht haben. Die Gespräche dürfen aber nicht dabei stehenbleiben, sondern müssen auch konkrete Vorschläge machen. Denn sie sollten sich auch über die Nachteile, die man sich mit jeder Veränderung zwangsläufig einhandelt, Rechenschaft geben. Nachteile und Probleme eines Vorschlags brauchen nicht verschwiegen zu werden. Sie zu diskutieren und vielleicht auch über Entschädigungen für einseitig belastete Gruppen nachzudenken, kann die gesellschaftliche Meinungsbildung ein Stück vorantreiben. So könnte der Konsultationsprozeß zugleich zum Dienst der Kirche an der Funktionsfähigkeit unserer Demokratie werden.

### Themen und Schwellenwerte der Diskussion

Im folgenden sollen thesenhaft Überlegungen vorgetragen werden, welche Konsequenzen der angegedeutete Zugang für die Gespräche haben könnte.

1. Die Überwindung des kalten Krieges in den Köpfen, das offene Gespräch über notwendige Umstrukturierung ist nur möglich, wenn die Legitimität moderner Gesellschaft und ihrer Lebensformen kirchlicherseits nicht immer wieder grundsätzlich in Zweifel gezogen wird. Wer seinen Zeitgenossen dauernd ihren Werteverlust, ihre Konsumorientierung, ihre Verantwortungslosigkeit und ihre mangelnde Solidarität vorwirft; wer die gesellschaftliche Entwicklung pauschal für illegitim und gefährlich erklärt; wer zudem kundtut, daß seine Ideale eigentlich eher in der Vergangenheit liegen, der kann nicht ernsthaft erwarten, als Gesprächspartner im Dialog über Zukunft ernst genommen zu werden. Einen externen Beobachterstatus einzunehmen, entbindet zwar von der Notwendigkeit, eigene Wertüberzeugungen in die Logik der Zeit zu übersetzen. Beides nur abstrakt nebeneinander zu stellen und die Gegenwart dann als ganze zu bewerten und abzumahnen, wird aber leicht als oberlehrerhafte Anmaßung empfunden. Es setzt auch theoretisch falsch an. Denn hat man sich einmal – im Rahmen einer solchen „dualistischen“ Konzeption – vom Ringen seiner Zeit distanziert, hat man sich erst auf einen „moral point of view“ und von dort zum „müssen“ und „sollen“ zurückgezogen, dann ist es fast unmöglich, den entstandenen Graben auf die Adressaten hin wieder zu überwinden.

Die neuere Moral- und Pastoraltheologie hat gezeigt, daß ein solcher „Typ“ normativer Argumentation in der biblischen und christlichen Tradition keineswegs einen Alleinvertretungsanspruch erheben kann. Auch in der Sozialethik gilt: Das entschiedene Engagement für eine Verbesserung der Lebenssituation insbesondere der Benachteiligten setzt eine vorurteilsfreie und nüchterne Analyse der

Zeit, gesellschaftlicher Wirkungszusammenhänge und möglicher Ansatzpunkte für Reformen voraus. Abstrakt-moralisierende Selbstanklage im Sinn einer „Jeremiade der Moderne“ bleibt hier weit hinter den Herausforderungen, aber auch hinter den Möglichkeiten christlicher Sozialethik zurück. Der Hinweis darauf, daß ja doch nur alle gewinnen wollen, entbindet nicht von der Mitsuhe nach besseren Spielregeln. Die „Differenzerfahrung“ des Christen in der modernen Gesellschaft kann ihn vielmehr zu intelligenten und phantasievollen Umgestaltungsvorschlägen in konkreten Problemfeldern veranlassen, um die Stärken seiner Zeit gegen ihre Schwächen auszuspielen.

2. Das Modell vom „Staat“ als großem Erzieher der Gesellschaft und Vollzugsorgan sozialetischer Anliegen ist in den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte obsolet geworden. Dennoch erschöpft sich sozialetisches Engagement noch allzu oft im leidenschaftlichen Appell an Politik und Administration, doch endlich die beklagten Entwicklungen abzustellen. Der Überforderung dieser Adressaten, die ja in der Demokratie auch nur im Rahmen ihrer Anreizsysteme, nicht aber als „wohlwollender Diktator“ handeln (und handeln sollen!), folgen Enttäuschung und „Verdrossenheit“ auf dem Fuß. Das nach Hans Maier typisch deutsche „Denken aus dem Staat heraus“ greift aber gerade dort zu kurz, wo es um zukunftsorientiertes Umdenken geht. Die Verantwortung dafür, nach welchen Regeln unser Zusammenleben organisiert ist, kann die Gesellschaft nicht einfach der Politik übertragen. Denn daran hängt zu einem großen Teil ihre eigene – gegenwärtige und zukünftige – moralische Qualität. Wo die Solidaritätsleistung von Regeln und Institutionen durch neue Probleme bedroht ist, da können und müssen wir gemeinsam an ihrer Verbesserung arbeiten. Das Nachdenken darüber muß auch die Organisation politischer Entscheidungen einbeziehen. Denn vieles spricht dafür, daß gerade auf klassischen Feldern sozialetischer Aufmerksamkeit der Kirche – etwa der Familienpolitik – nur dann dauerhafte Fortschritte möglich sind, wenn auch das Zustandekommen politischer Beschlüsse in Bund, Ländern und Gemeinden anders strukturiert wird<sup>8</sup>.

3. Ein zentrales Thema sind Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Gerade hier – das zeigen die Debatten der letzten Jahrzehnte – liegen einfache Lösungen nicht auf dem Tisch. Überwindung des kalten Krieges bedeutet aber vor allem eine Lösung vom unproduktiven Denkschema „Arbeit gegen Kapital“. Darin wird Wirtschaft im „Nullsummenparadigma“ gedacht: Was der einen Seite gegeben werden soll, muß der anderen weggenommen werden. Mindestens eine Gruppe – die Arbeitslosen – gerät dabei jedoch gänzlich aus der Perspektive. Das Denken in einer solchen einfachen Zwei-Seiten-Logik ist dem modernen Wirtschaftsleben mit seinen vielfältigen Wechselwirkungen insgesamt nicht angemessen. Wirtschaft kann vielmehr durch intelligente Innovationen zum Positivsummenspiel werden, in dem alle Beteiligten gewinnen. Zukunftsverweigerung bedeutet hier ganz konkret, gewaltige Chancen auszulassen, von denen auf die Dauer alle Seiten profitieren

könnten: „Das ‚Humanvermögen‘ der Arbeitslosen als Quelle der Mehrung des Wohlstandes aller geht verloren, Kinder als Garanten der Stabilität und der Innovation von morgen werden nicht geboren und der exorbitante Wohlstandsbeitrag, den der produktive Austausch mit entsprechend entwickelten Staaten der zweiten und dritten Welt bringen könnte, bleibt unausgeschöpft.“<sup>9</sup>

Zwar wird der Versuch, menschliche Gesellschaft in diesem Sinn als „Zugewinnsgemeinschaft“ zu verstehen, in vielen Fällen zugleich bedeuten, auf die verdeckten Kosten wirtschaftlichen Handelns hinzuweisen, und die Adressaten sozusagen mit ihrer wirklichen Ausgangssituation zu konfrontieren. Dies ist aber aus der Sicht der Kirche nicht – als „moralische Schelte“ – Ziel in sich, sondern verbunden mit einer Einladung, die Chancen möglicher Veränderungen zu realisieren. Die Diskussion über ökologisch motivierte Änderungen unseres Steuer- und Abgabensystems, über die Regeln unserer Wirtschaftsbeziehungen zu den Ländern des Südens, über unser Bildungswesen, über Sozialstaat, Wohnungsmarkt, Arbeitszeitflexibilisierung und Ladenschluß, über die Gestaltung des zusammenwachsenden Europas, über die Lage junger Familien im (Wirtschafts-) Leben – alle diese Diskussionen sollten unter Christen über die kommenden Monate hinaus geführt werden.

4. Schließlich scheint auch der nationale Gedanke eher der Vergangenheits- als der Zukunftsdiskussion anzugehören. In der ersten Phase der Konsultationen wurde jedenfalls die Forderung eines Teilnehmers aus dem politischen Raum, sich doch stärker auf die eigenen Probleme zu beschränken und seine nationalen „Hausaufgaben“ zu machen, allgemein als unangemessen empfunden. Hinter dieser Reaktion stand nicht mangelndes nationales Selbstbewußtsein als Folge des verlorenen Krieges, sondern das Wissen darum, daß in einer Welt wachsender wirtschaftlicher, ökologischer, kultureller und militärischer Abhängigkeit und Interdependenz eine politische Selbstbeschränkung nicht nur unsolidarisch, sondern auch unvernünftig wäre. Gegen die Selbstbeschränkung steht hier das Bild von der „einen Welt“, deren ungeheure Chancen freilich vor allem die Gestaltung eines Systems handlungsfähiger internationaler Institutionen voraussetzen. Die entsprechende Forderung schon von Johannes XXIII.<sup>10</sup> ist heute – nicht zuletzt durch Somalia, Irak, Haiti und Bosnien – aktueller denn je.

### Chancen des Konsultationsprozesses

Die Kirche steht am Scheideweg. Will sie den in der Gesellschaft zweifellos vorhandenen Erwartungen nachkommen, möglichst allgemein gehaltene und zu Herzen gehende Mahnungen und Selbstanklagen – eben eine „Jeremiade der Moderne“ – zu veranstalten, oder will sie ihre Optionen intelligent und phantasievoll in die Diskussionen um die konkrete Gestaltung der Gesellschaft von morgen ein-

bringen? Letzteres kann nur gelingen, wenn wir das Ende des kalten Krieges als eine Chance und als „Kairos“ unserer heutigen Situation anzunehmen vermögen.

Auch für die Kirche selbst ist dieser Prozeß eine große Chance. Obwohl sie doch erst im Ausgreifen über sich selbst hinaus und im Dienst am anderen, an der menschlichen Gemeinschaft, zu sich selbst findet, nehmen wir in den Augen vieler Zeitgenossen heute das Erscheinungsbild einer schon mit internen Problemen voll beschäftigten Institution an. In den USA und in Österreich, wo ähnliche Konsultationsprozesse bereits durchgeführt sind, war die Erfahrung des zum Teil unerwartet breiten Echos auf die Diskussionsgrundlagen eine wichtige Selbstvergewisserung der Kirche in ihrem gesellschaftlichen Engagement. Denn schließlich gilt es, auch den eigenen Ort in einer Gesellschaft der Zukunft zu bestimmen, und dieser wird – wenn man denn die gegenwärtige Entwicklung in Deutschland fortschreiben darf – in jedem Fall der einer mehr oder weniger kleinen Minderheit sein.

Mit welchen Augen diese Minderheit in ihre Zeit schaut, wie ihre Konfessionen miteinander umgehen, welche geistigen und politischen Impulse von ihr ausgehen – auch diese Fragen fordern unser Handeln bereits heute heraus. Wenn die Kirche vom Bund Gottes mit den Menschen und der Zusage seiner bleibenden Gegenwart her in ihrer Zeit lebt, dann wird sie nicht anders können, als diese immer wieder auf ihre je größeren Möglichkeiten hin anzusprechen. Diese „Erträge der Kooperation“ können aber nur dann realisiert werden, wenn sie mutig anvisiert und dann geduldig und kompetent in konkrete „anreizkompatible“ Institutionen umgesetzt werden. Zumindest die christliche Botschaft selbst ruft nicht aus der Welt heraus und auch nicht an ihrem Rand entlang. Sie macht ohne blinden Fortschrittsoptimismus und trotz des Wissens, daß das „Ende der Geschichte“ nicht säkular anbricht, Mut zur Zukunft.

#### ANMERKUNGEN

<sup>1</sup> Gemeinsame Texte 3, hg. v. Kirchenamt der EKD (Herrenhäuser Str. 12, 30419 Hannover) und v. Sekretariat d. DBK (Kaiserstr. 163, 53113 Bonn).

<sup>2</sup> So d. Titel d. Monographie d. amerik. Philos. F. Fukuyama (München 1992).

<sup>3</sup> So Bf. J. Homeyer bei d. Einf. zu d. ersten Konsultationsveranstaltungen am 20./21. 10. 1993 in Bonn u. am 27. 10. 93 in Mülheim; Dokumentation: Arbeitshilfen 116 (Bonn 1993).

<sup>4</sup> Vgl. meine systematischen Überlegungen: Chr. Wirtschaftsethik – eine Jeremiade d. Moderne? Theol. Grundlegung u. interdisziplinäre Methodologie, in: Brennpunkt Sozialethik. Theorien, Aufgaben, Methoden (FS F. Furger, Freiburg 1995) 189–211.

<sup>5</sup> Eine Argumentationsfigur, die auch in d. säkularen Welt der Sache nach keineswegs ausgestorben ist!

<sup>6</sup> K. Homann, Wirtschaftsethik, in: Lex. d. Wirtschaftsethik (Freiburg 1993) 1286–1296.

<sup>7</sup> Ein Umstand, der – wenn man d. diesbez. Andeutungen d. chem. Gerichtspräsidenten R. Herzog ernst nehmen darf – zu einer krit. Prüfung d. neuen Regelung durch d. BVG führen wird.

<sup>8</sup> Vgl. dazu v. Vf. Chr. Institutionenethik u. Familienpolitik, in: NOrd 48 (1994) 192–206.

<sup>9</sup> So Bf. Homeyer bei der Eröffnung der ersten Konsultationsgespräche (A. 3).

<sup>10</sup> Vgl. dazu *Pacem in terris* 130ff.